Nr. 30 1. Ausgabe

Sonntag, 1. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28. 13 6 38, 13 5 97. 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.25, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. Postgebühren. Auf alle Grundzeilen 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Vielleicht, vielleicht auch nicht

Es ist ein unwürdiges Rätselraten geworden, unwürdig wie die ganze Auslieferungskomödie. Wird man den Kaiser vor den Londoner Alliertengerichtshof stellen oder nicht? Wird man tatsächlich gegen ihn in contumaciam verhandeln? Wird man auf Holland mit irgendwelchen Gewaltmaßnahmen drücken? Wird man ihn in Amerongen lassen? Die Antwort ist wie der Ausgang eines Rouge-et-noir-Spiels. Mittlerweile geht der Notenaustausch weiter und neuerdings hat eine besonders auch in Frankreich rege Pressagitation eingesetzt, die allerdings die Folge der ziemlich ruhigen und kühlen Stimmen aus den meisten Alliertenländern ist. Jetzt schüren nun die unverlöschlichen Hetzblätter mächtig gegen eine gerechte und liberale Lösung der Auslieferungsfrage. So fordert „Gaulois" die Alliierten auf, unerbittlich zu sein; wenn man auf die Auslieferung verzichte, so würde dies auf eine Straffreiheit dieser Leute hinauskommen, die einer Rechtfertigung ihrer Taten gleichkäme. Wenn man sie in Deutschland aburteilen lasse und zugebe, daß die Gerichtshöfe zum Teil aus ihren Volksgenossen beständen, die vielleicht ihre Mitschuldigen gewesen seien, welche Ironie und welche Niederlage. Beim Kaiser spreche man von moralischer Verantwortlichkeit. Bei den auszuliefernden Schuldigen gebe es keine moralische Verantwortlichkeit, sondern eine effektive, bezeugt durch Hunderte von Zeugen, durch Tausende von Opfern. Wenn man jetzt schwanke und sich in Erörterungen einlasse, wenn man nicht unerbittlich bleibe, dann würden die Franzosen morgen die Besiegten sein, und die Rheinbarriere würde aufs neue überschritten sein, ohne daß Deutschland nötig hätte, sich eine Armee zu schaffen.

Eine merkwürdige Haltung nimmt „Homme libre", das Blatt Clemenceaus, ein. Auf der einen Seite beliebt es darauf, daß die Alliierten alle Schuldigen haben und gegen Holland alle Mittel ohne Ausnahme angewendet werden müßten, auf der andern Seite bricht es den Vorschlag, der Völkerbund möge seinen Gerichtshof im Haag errichten, um dort den Kaiser zu verurteilen, dadurch werde die Auslieferung umgangen.

Im übrigen liegen wieder die sich widersprechendsten Meldungen über die Auslieferungsfrage vor. Wir vergegenwärtigen hier:

Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Note gegen die Auslieferung ist am Donnerstag vormittag in Paris überreicht worden. Mit einer Antwort der Alliierten rechnet man in Berlin für frühestens Mitte nächster Woche.

Rotterdam, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Courant" aus dem Haag finden die Gerüchte, die Alliierten wollten auf die Auslieferung Wilhelms II. unter Sicherungsmaßnahmen verzichten, keine Bestätigung. Im Gegenteil rechnet man vielmehr mit der Möglichkeit der Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen die Niederlande. Auch der englische Gesandte im Haag äußerte sich, an einen Verzicht Englands, den Kaiser nach London zu bringen, sei niemals zu denken.

Haag, 31. Januar. „Evening Standard" meldet, daß Millerand und Nitti wahrscheinlich nach London kommen werden, um die Frage der Kriegsschuldigen zu besprechen. Man dürfe sich nicht wundern, wenn die Listen der Schuldigen aufs neue verkürzt werden. Die Alliierten seien sich allgemein darüber einig, daß sie nichts tun wollen, was die Unruhen in Deutschland noch verschlimmern könnte.

+ Berlin, 31. Januar. **(Eigener Drahtbericht.) Das polnische Ministerium für Auswärtiges und Justiz hat ein Verzeichnis jener Deutschen zusammengestellt, die sich während der Besetzung Verbrechen zuschulden kommen ließen. Das Verzeichnis umfaßt 575 Namen.**

Im Sinne der oben verzeichneten Meldung des „Evening Standard" spricht sich übrigens ein gut Teil der englischen Presse aus. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph" gibt der Befürchtung Ausdruck, daß ein Gerichtsverfahren gegen den Kaiser diesem Gelegenheit bieten werde, die liebenswürdigen Seiten seines unbeständigen Charakters in das günstigste Licht zu setzen. Ein Freispruch wäre ein Mißerfolg für die Verbündeten; eine Verurteilung würde ihn zum Märtyrer machen. Zum wirklich leidenden Teile werde dann die jetzige deutsche Regierung, von der die Ausführung des Friedensvertrages erwartet wird. Ueber die Auslieferung der beschuldigten Offiziere ist sich niemand darüber klar, wie man ihrer habhaft werden soll. Diese Forderung der Verbandsmächte könnte die deutsche Regierung leicht in eine schwierige Lage bringen. „Wir dürfen sie nicht zu arg bedrängen, wollen wir sie nicht noch der schwachen Kraft berauben, die sie gegen die Rückschrittler oder die Bolschewisten dringend nötig hat." — Aehnlich schreibt auch die Pariser „Lanterne". Lucien Descaves erinnert daran, daß Holland sehr recht habe, die Grundsätze des Asylrechts anzuführen. Auf diesem Gebiete dürfe es keine doppelte Auslegung geben. Descaves weist darauf hin, wie nachdrücklich die Väter der jetzigen Franzosen den Nutzen dieses Asylrechts zugunsten der Geächteten von 1871 verlangt hätten; viele hätten in England, in Amerika, in Belgien und der Schweiz Zuflucht gesucht. Sofort habe Jules Favre die Frage ihrer Auslieferung aufgeworfen, aber im Namen der Menschenrechte sei sie von allen Ländern zurückgewiesen worden.

So die Stimmen der Vernunft und Einsicht. Aber dagegen stehen immer wieder jene andern vom Schlage des „Homme libre", der die innere Lage Deutschlands in folgendem Schreckensbild darstellt: „Man wisse genau, was es den Besiegten von 1918 koste, ihre Niederlage durch Auslieferung der Schuldigen öffentlich eingestehen. Das wollten sie um jeden Preis vermeiden, ein Grund mehr, die restlose Ausführung gebieterisch zu verlangen. Deutschland feiere in diesem Augenblick durch hochmütige Feste (!) die Gründung des Reiches und die Erinnerung an Wilhelm II. (!), eine ungeheure militärische Reaktion stehe auf." — Es kann kein Zweifel sein, daß den Gerechtdenkenden bei unsern ehemaligen Gegnern die Gefahren deutlich werden, die sie über Deutschland heraufbeschwören, wenn sie auf den unglückseligen Artikel 229 bestehen sollten.

Die Rheinlandsverordnung unverändert

Rotterdam, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Die Alliierten haben die deutschen Einsprüche gegen die Bestimmungen für die besetzten Rheinlande zurückgewiesen. Die Anordnungen für die besetzten Gebiete blieben in Kraft, wobei ihre Milderung für einen späteren Termin in Aussicht gestellt wird.

•

Die französische Willkür

Mannheim, 31. Januar. Wie aus Ludwigshafen gemeldet wird, hat die Leitung der Pfälzer Werke (Ueberlandzentrale) von französischer Seite die Mitteilung erhalten, daß vom 1. Februar an vom Homburger Werke an die Pfälzer Orte außerhalb des Saargebietes kein elektrischer Strom mehr geliefert werde. Sollte diese Maßnahme durchgeführt werden, so bedeutet das für das Wirtschaftsleben der Pfalz die Vernichtung.

•

Amerika und die Anschlußfrage

Rotterdam, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus New-York, daß der Antrag des Senators Johnson im Senat, die Anschlußfrage Oesterreichs der Volksabstimmung in Oesterreich freizugeben, einer Kommission von 13 Senatoren übergeben wurde. Die Regierung gab zu dem Antrag keine Erklärung ab.

Die Währung der Mark

Basel, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Besserwertung der deutschen Mark hielt am gestrigen Tage in der Schweiz an. Die Mark stieg in Basel und Zürich im freien Verkehr bis auf 10 Centimes, in Genf auf 8 Centimes.

Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In den ersten zehn Tagen wurden bei der Reichsbank 410 000 M. Silbergeld zur Einlösung eingeliefert.

Die Rückkehr aus der Gefangenschaft

Die Berliner Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Unter den deutschen Gefangenen, die aus der französischen Kampfzone abzutransportieren sind, befinden sich ungefähr 1000 Kranke. Diese werden vom 15. Februar an in deutschen Lazarettzügen heimbefördert. Der Abtransport der 812 Kranken, die sich noch im französischen Hinterlande befinden, erfolgt wie bisher durch Schweizer Sanitätszüge über Genf. Die Räumung des viel beanstandeten Lagers La Courtine ist im Gange. Die Insassen werden nach St-Rambert gebracht, um von dort über die Schweiz heimbefördert zu werden.

Nach den neuesten Mitteilungen der deutschen Gesandtschaft in Bern ist der Fahrplan der aus Frankreich zu erwartenden Offiziertransporte abgeändert worden. Danach ist die Ankunftszeit der ersten acht Transporte wie folgt festgesetzt: Am 7., 11., 15., 19., 23. und 27. Februar sowie am 2. und 6. März trifft jeweils abends um 6 Uhr 50 Min. ein Transport mit etwa 300 Offizieren und 120 Mannschaften ein. Außerdem werden voraussichtlich eintreffen am 9., 13., 17., 21., 25. und 29. Februar Schwerverwundetentransporte mit einer Belegstärke von ungefähr je 300 Mann. Ob diese Transporte tatsächlich an diesen Tagen eintreffen und zu welcher Tageszeit, das wird noch bekanntgegeben.

•

Die Gefangenenlöhnung in Preußen

Im Staatshaushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Zahlung der Gefangenenlöhnung ohne Prüfung der Bedürftigkeit angenommen.

Hollands Beitritt zum Völkerbund

Auf Grund des Artikels 12 des Völkerbundsvertrags hatte die Schweiz beschlossen, dem Völkerbund beizutreten, aber daran die Bedingung geknüpft, daß die Entente bzw. der Völkerbund die Neutralität der Schweiz garantieren müsse. Der Oberste Rat hat diese Forderung abgelehnt. Auch Holland steht in etwa der gleichen Lage wie die Schweiz. Innerhalb der zweimonatigen Frist vom Eintritt des Friedens müssen bekanntlich die Neutralen erklären, ob sie dem Völkerbund beitreten, und die holländische Kammer berät deshalb über einen Gesetzentwurf der Regierung, der diesen Beitritt erklärt. Das holländische Kabinett erklärt, genau wie vordem das Schweizer Parlament, eigentlich hätte man einen andern Völkerbund erwartet. Das holländische Kabinett spricht klar und deutlich, der Pariser Völkerbund sei nichts andres als „eine Allianz der siegreichen Mächte zwecks Verwirklichung bestimmter politischer, aus dem Krieg und dem Sieg geborener Ziele" und meint weiter, besonders scharf kommt das Ausscheiden der besiegten Völker aus dem Bund, die Nichtzulassung Deutschlands, die territorialen Schiedsgerichtsbarkeit usw., der Mangel an Garantien daß die Entscheidungen des Bundes auf Recht gegründet seien, ferner, daß Kriege nicht völlig verbannt wurden. Aber Holland deutet weiter hervor, seine internationale Stellung würde unerträglich, wenn es sich selbst diesen bescheidenen Anfängen eines Völkerbundes nicht anschlösse. Es verlangt daher weiteren Ausbau der internationalen Rechtsorganisation.

Alles das haben die Schweizer in ihrer Beitrittserklärung auch gefordert, aber die Schweizer hatten besonders auf Amerikas unklare Stellung zum Völkerbunde hingewiesen, während die Holländer nichts davon erwähnen. Weiter aber will Holland nach Beitritt zum Völkerbund seine Neutralität aufgeben. Es heißt darüber im Gesetzentwurf: „Der Beitritt wird Verpflichtungen mit sich bringen, die mit den bisherigen Neutralitätsregeln unvereinbar sind und die deshalb die Möglichkeit, in einen Konflikt gezogen zu werden, erhöhen. In dieser Hinsicht bringt Holland durch seinen Beitritt zum Völkerbund ein Opfer, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf und das auf Grund seiner geographischen Lage größer ist, als das der meisten andern Staaten." Hierdurch unterscheidet sich die Erklärung Hollands sehr wesentlich von der der Schweiz. Die Schweiz beharrt noch wie vor auf ihrem Standpunkt, daß, solange der Völkerbund noch ein so unvollkommenes Gebilde ist, die Neutralität der Schweiz garantiert werden müsse. Die Schweizer sind also vorsichtiger und — mißtrauischer.

Rußland mobilisiert?

TTA. Köln, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Nach einer Meldung der „Information" soll die bolschewistische Regierung im Innern Rußlands vier Jahrgänge unter die Waffen gerufen haben.

•

Gegen eine englische Intervention

Haag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Reihe von englischen Arbeiterführern hat ein Manifest erlassen, worin sie die sofortige Schließung eines Friedens mit Rußland verlangen und ausdrücklich erklären, daß eine Arbeiterregierung, wenn sie zur Macht käme, sich an geheime militärische Abmachungen als nicht gebunden erachten würde.

•

Amerikanische Waren für Rußland

Haag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Niemws Bureau meldet aus London: Aus Helsingfors wird berichtet, daß die amerikanische Regierung den russischen Wirtschaftsverbänden zugestanden hat, für fünf Millionen Pfund Leinen- und Baumwollwaren zu günstigen Bedingungen in Amerika einzukaufen.

•

Die bolschewistische Herrschaft in Sibirien

„Times" melden aus Charbin, daß die Tschechen noch 15 000 Mann in Sibirien stehen haben. Sie befinden sich in einer schwierigen Lage, da das ganze Land bolschewistisch ist. Die polnische Division in Stärke von 5000 Mann hat gemeutert. Die Offiziere wurden ermordet und die Mannschaften gingen zu den Bolschewisten über. Acht amerikanische und zwei englische Offiziere sollen den Bolschewisten in die Hände gefallen sein. Die ganze Bevölkerung scheint den Bolschewismus anzunehmen. Der japanische und der bolschewistische Befehlshaber sind in Nikolsk, 80 Kilometer nördlich von Wladiwostok, zusammengetroffen und übereingekommen, daß der japanische Befehlshaber den Bahnhof und der bolschewistische Befehlshaber die Fabriken der Stadt verwalten soll.

Verkehrseinstellung in Polen

Warschau, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Katholik" berichtet: Durch eine Regierungsverordnung wird infolge des katastrophalen Kohlenmangels für die Dauer von 14 Tagen vom 1. Februar an der Personenverkehr in ganz Polen eingestellt. Nur auf den Hauptlinien, die die wichtigsten Punkte verbinden, verkehren zwei Eilzüge. Der Vorstadtverkehr in den Großstädten wird ebenfalls bis auf das allernotwendigste Maß eingeschränkt.

Streikgefahr in Tschechien

T. Prag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Tribuna" meldet: Es scheint, daß es in Kladno bald zu einem Streik der Bergarbeiter aus Solidaritätsgründen mit den landwirtschaftlichen Arbeitern kommen werde. Vor einer Woche ist auf 32 ehemaligen k. k. Gütern ein Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter ausgebrochen. Die Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter wurden aber nicht erfüllt und die Streikenden durch Militär ersetzt. Dagegen protestierten nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch der Bezirksarbeiterrat in Kladno, der einen Aufruf des Inhaltes veröffentlichte, daß die Bergarbeiter beschlossen haben, die gerechten Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu unterstützen. In allen Schächten und Bergbetrieben werden Sammlungen zugunsten der Streikenden veranstaltet. Die Bergarbeiterschaft werde sich solidarisch mit den Streikenden erklären und namentlich dagegen protestieren, daß Militär als Streikbrecher verwendet werde. Wenn die gerechten Forderungen nicht erfüllt werden, würde die Bergarbeiterschaft eventuell zum äußersten Mittel greifen, das heißt zur Erklärung eines allgemeinen Streiks aller Industriezweige. Gestern erschien tatsächlich eine Deputation der Bergarbeiter beim Ministerpräsidenten Tusar, um in der Angelegenheit zu intervenieren. Am Nentsch fand gestern eine Versammlung der Vertreter der Großgrundbesitzer, der Arbeiter und der Regierung statt, in der die aktive Beteiligung des landwirtschaftlichen Streiks angebahnt wurde.

•

Die Vermögensabgabe in Tschechien

T. Prag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Prager Tagblatt" schätzt die Vermögensabgabe auf 12 Milliarden, die „hauptsächlich zur Verbesserung der Valuta verwendet werden sollen", namentlich damit „die Staatsschulden teilweise gedeckt werden" und damit die eingelangten Banknoten sobald als möglich vernichtet werden.

•

Hungerkrawalle in Müglitz?

T. Prag, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Narodni Politika" meldet aus Brünn: Die deutsche Stadt Müglitz in Nordmähren wurde dieser Tage der Schauplatz größerer Hungerkrawalle. Die Ausschreitungen wurden von den Arbeitern der dortigen Zuckerfabrik inszeniert, denen sich bald die Arbeiter andrer Betriebe anschlossen. Im Verlaufe der Demonstration wurde der Bürgermeister von den Arbeitern mißhandelt.

Die deutsche Einheitspost

+ München, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Am 1. April wird die deutsche Einheitspost verwirklicht werden. Der bayrische Verkehrsminister hat bereits über die Bedingungen Mitteilung gemacht, die Bayern an die Uebergabe der Post an das Reich knüpft. Bayern verlangt außer einer entsprechenden Geldentschädigung für die Gebäude und das Material ein Landeszentralpostamt in München und weitgehende Befugnisse der Selbstverwaltung.

•

Eine Absage an Dr. Heim

Würzburg, 31. Januar. Im Trennungsstreit zwischen der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum des Reiches versagte die große Parteiorganisation in Würzburg dem Dr. Heim die Gefolgschaft. Mit dem Würzburger Abgeordneten der Nationalversammlung, Gerstenberger, verurteilten sie in einer einberufenen Parteiversammlung fast einstimmig das Vorgehen Dr. Heims.

Im Solde Frankreichs

Enthüllungen in der preußischen Landesversammlung

Von unsrer Berliner Redaktion

+ Berlin, 31. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Gestern war wieder ein Tag politischer Leidenschaftlichkeit innerhalb des preußischen Parlaments. Minister Heine wirkte wie ein rotes Tuch auf die äußerste Linke. Es gab das gewohnte Spiel, unwürdig, ein einziges Lärmen und Unterbrechen, fast Handgreiflichkeiten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Man brauchte auf diese Sitzung, die an Balkanzustände erinnert (heute allerdings sind die Balkanvölker in ihren parlamentarischen Sitten weiter als wir), nicht ausführlich einzugehen, wenn nicht Minister Heine so ungeheure Vorwürfe gegen die Unabhängigen erhoben hätte, daß das Echo dieser Vorwürfe selbst über die Grenzen Deutschlands hinausdringen wird und muß. Der unabhängige Abgeordnete Leid hatte sich in der Sitzung gebrüstet, daß im Gegensatz zu dem Zeitungsverboten im Reiche die unabhängigen Zeitungen im besetzten Gebiete gelesen werden dürften. Gegen diesen Versuch der Herabsetzung der deutschen Regierung gegenüber den französischen Besatzungsbehörden protestierte sofort der preußische Minister des Innern, indem er anführte, daß diese Erlaubnis der französischen Behörde allerdings andre Gründe hätte. Unabhängige Blätter im besetzten Gebiet seien nämlich mit dem Gelde der Franzosen gegründet worden. Diese Worte lösten einen Orkan wütender Stimmen der Unabhängigen aus, der ganz theatermäßig das Haus durchbrauste.

Aber Minister Heine ließ sich nicht irre machen. Er legte dem Hause Beweismittel vor und führte u. a. den Propagandachef Baumann an, der als Unabhängiger an die preußische Regierung herangetreten sei, um sich der Regierung zur Verfügung zu stellen, obwohl er ihr sagte, daß er als Zeitungsredakteur der rheinischen Republik die literarische Stütze der reinen Loslösungspolitik wäre. Aber nun sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß es doch eigentlich Unsinn sei, gegen Preußen zu arbeiten, wenn er einen anständigen Vertrag erhalte. Unter diesem Vertrag verstand der Herr 40 000 M. Jahresgehalt, 100 000 M. jährliche Repräsentationsgelder, einen Fonds von zwei bis drei Millionen jährlich für alles Mögliche und Amtswohnung in Düsseldorf, Coblenz oder Köln, und zwei Mann preußische Schutzmannschaft. Das alles auf 10 Jahre fest. Mit diesen Geldern und diesem Vertrag wollte Herr Baumann, der frühere Lehrer, sodann preußische Politik in den Rheinlanden betreiben. Als er abgewiesen worden war, ging er hin und hatte mit Millionen, zweifellos aus französischen Propagandamitteln, sein Blatt aus und trieb wieder Separationspolitik.

Propagandachef Baumann

Von unterrichteter Seite wird zu dem Fall Baumann noch folgendes mitgeteilt:

Am 22. September erschien unaufgefordert in einer preußischen Zentralregierungsstelle Baumann, auf dessen Visitenkarte großgedruckt das Wort „Rheinlandbund" prangte und die Bezeichnung „Chefredakteur der Rheinischen Republik" stand. Herr Baumann erzählte zunächst, wie das über diese Rücksprache aufgenommene Protokoll nachweist, daß er die „literarische Stütze der rheinischen Separationspolitik" sei und daß sein Blatt als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anzusprechen wäre. Er bezöge dort ein Jahresgehalt von 30 000 M. Nach dieser Einleitung machte Herr Baumann schlankweg das Angebot, seine Person künftighin der preußischen Sache zur Verfügung zu stellen. Er sei nämlich zu der Ueberzeugung gekommen, „daß es doch eigentlich Unsinn sei, gegen Preußen zu arbeiten". Herr Baumann spezifizierte sodann in einer Weise, die seiner Geschäftstüchtigkeit alle Ehre machte,

die Bedingungen,

unter denen er mit fliegenden Fahnen ins preußische Lager herüberwechseln wolle. Er hat seine gesamten Vorschläge auf Aufforderung der mit ihm sich besprechenden Herren eigenhändig schriftlich zusammengefaßt. Er forderte:

1. Ernennung zum Geheimen Regierungsrat,
2. feste Anstellung auf zehn Jahre als Propagandachef mit 40 000 M. Jahresgehalt und 100 000 M. jährlichen Repräsentationsgeldern,
3. einen jährlichen Fonds von zwei bis drei Millionen Mark zur Herstellung von Plakaten, Druckschriften, zu Inseraten und sonstigen Ausgaben,
4. Amtswohnung in Düsseldorf, Koblenz oder Köln mit zwei Mann preußischer Schutzmannschaft als Posten zu seiner persönlichen Sicherheit.

Nicht unbemerkt soll auch bleiben, daß Herr Baumann, der vielleicht voraussah, daß böse Zungen einmal die Rechnungsablegung über die Verwendung des Millionenfonds von ihm verlangen würden, sich schriftlich „ausdrückliche Ausschließung jeder fiscalischen Kritik an seinen Maßnahmen" verbat. Herr Baumann wies seine persönliche Eignung für den großen Posten, für den er so bescheiden war, sich selbst vorzuschlagen, dadurch nach, daß er mitteilte, über die geheimsten Absichten der Gegner auf französischer Seite und auch auf der der deutschen Rheinbündler informiert zu sein, da er mit allen Herren der Rheinischen Republik vier Monate lange tagaus tagein nicht bloß offiziell, sondern in den Familien verkehrt habe und daher genau wisse, „was jeder einzelne will und wie er es durchzusetzen trachte". Außerdem aber besäße er das ganze, urkundlich nur einmal vorhandene Akten- und Propagandamaterial, das gegen Preußen und das Reich verwendet werden solle, in zwei großen ledernen Koffern. All dieses Material, all diese Informationen und dazu noch die schätzbare Person des Herrn Baumann selbst war also für die paar lumpigen Millionen jährlich käuflich, die Herr Baumann verlangte. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß die preußische Regierung nicht auf die Baumannschen Angebote einging, sondern ihn unverrichteter Dinge wieder nach dem Rheinlande zurückfahren ließ.

Das von Baumann herausgegebene Blatt

„Die Rheinische Republik",

die übrigens heute noch in unabhängig kommunistischem Sinne redigiert wird, zeichnet sich durch einen geistigen Tiefstand aus, der glücklicherweise in der deutschen Presse nicht häufig erreicht wird. Baumann,

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200201 01/1